Schweizerpresse und Auslandpolitik

Autor(en): **Platzhoff-Lejeune, E.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **- (1928)**

Heft 2

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-759653

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schweizerpresse und Auslandspolitik

von Ed. Platzhoff-Lejeune

Es wird immer politische Parteien verschiedener Richtung in einem Volke geben. Man mag sie knebeln und zum Schweigen bringen. Sie sind darum latent doch vorhanden und harren nur des Augenblicks der wiedergeschenkten Freiheit, um sich dann um so lebhafter im natürlichen Spiel der Kräfte und widerstreitenden Meinungen zu äußern. Die Innenpolitik eines Landes ist die Resultante der Parteikräfte. Sie trägt abwechselnd den Postulaten der einzelnen Gruppen Rechnung, regiert mit einer Mehrheit, die der Minderheit entgegenkommt, versucht, die Forderungen der Parteien auszugleichen und sozusagen auf einen Generalnenner zu bringen. Das gelingt natürlich nur unvollkommen und das politische Leben besteht eben in jenem Streben, den stets neu auftauchenden Forderungen, soweit sie das Gesamtinteresse nicht gefährden, gerecht zu werden. Daher die unvermeidlichen Schwankungen des Staatsschiffs: fluctuat nec mergitur.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in der Außenpolitik. Hier kann den Parteiwünschen nur in beschränkter Weise entsprochen werden. Ist die Innenpolitik sozusagen ein Theaterspielen en famille zu gegenseitigem Vergnügen oder Ärger und zum internen Gebrauch, so ist die Außenpolitik eine Vorstellung für geladene Zuschauer, die sorgfältige Vorbereitung, gut gespielte Rollen und ein geschlossenes Zusammenspiel verlangt. Aus dem Widerstreit der Meinungen müssen einheitliche Entschlüsse entstehen, die als «Wille des Volkes» den ausländischen Vertretern mitgeteilt werden. Die großen Zeitungen eines Landes müssen in den Hauptpunkten einig sein und hinter der Regierung stehn, damit eine eindeutige « öffentliche Meinung » zustande komme.

Dieses nie ganz erreichte Endziel ist in unserm Lande um so schwerer zu verwirklichen, als zwei besondere Hindernisse dem entgegenstehen. Einmal sind wir Neulinge in solchen Dingen, denn eine wirklich bedeutende Außenpolitik gibt es für unser Land nach jahrzehntelanger Pause erst wieder seit dem Kriege. Zweitens ist unsere Außenpolitik nicht, wie in den Nachbarländern, die Quintessenz der Parteiwünsche,

sie ist vielmehr, im Gegensatz zu unserer Innenpolitik, stark durch die sprachlichen Unterschiede und die daraus sich ergebenden kulturellen Sympathien für die verschiedenen, großen Nachbarvölker in ihrer Einheitlichkeit gefährdet.

Um so mehr muß die Presse die Regierung in dieser besonders schwierigen Aufgabe unterstützen, statt ihr meuchlings in den Rücken zu fallen. Das tun auch unsere großen Blätter in Ost und West zweifellos. In kritischen Momenten findet das Ausland hier, bei aller Verschiedenheit in den Nuancen, eine geschlossene Front. Es könnte in dieser Beziehung noch besser stehn, aber es steht gewiß nicht schlecht, zumal wenn man bedenkt, daß wir eine Regierungspresse im Sinn der Nachbarstaaten nicht kennen und die Zustimmung unserer Hauptzeitungen zu den Wünschen und Beschlüssen der Zentralgewalt eine durchaus freiwillige ist, was sie auch bleiben soll.

Sahen wir also, daß es tatsächlich eine einheitliche schweizerische Außenpolitik *gibt*, die die Zustimmung unserer großen Presse und der besten Männer in allen Landesteilen findet, so muß aber doch gesagt werden, daß die mittlere und kleine Presse hier oft zum Guten nicht mithilft – ganz im Gegenteil! – und daß das Schweizervolk in seinen einzelnen Teilen über das Ausland, die Auslandspolitik und unsere Nachbarvölker oft diametral entgegengesetzte Ansichten hegt, die bei ihrer Auswirkung uns in die schwersten Konflikte stürzen müßten. *Hier* liegt eine Gefahr und hier muß der Hebel angesetzt werden, wenn sie beschworen werden soll.

Man lese doch einmal die kritische Auslandsrundschau unserer politischen Kleinpresse, sofern sie nicht einfach referiert. Es sind da immer noch eine Anzahl politischer Hetzer am Werk, deren durch keinerlei Sachkenntnis getrübtes Urteil von der olympischen Höhe ihrer Unwissenheit herab mehrmals wöchentlich wie ein Donnerkeil übers Leserpublikum geschleudert wird, das andächtig diese Offenbarungen entgegennimmt. Aus einer rein gefühlsmäßigen Einstellung heraus, die hier stets nur Licht, dort immer nur Schatten sieht, wird da ex cathedra über die Völker und ihre Führer ein gräulicher Unsinn verzapft. Es gibt auch bei uns noch Journalisten, die ihren Einfluß mißbrauchen, um ihren Haß, ihrer Parteilichkeit in ihrer « Chronik des Auslandes » ein Ventil zu schaffen, nicht ohne freilich ihre Unbildung bedenklich an den Pranger zu stellen. Aber wer ist darüber urteilsfähig in dem Leserkreis ihrer Lokalblätter?

Es wäre eine große und schöne Aufgabe, nicht nur bei den oberen

Zehntausend, sondern im Volke selbst, auf dem Lande und in den Bergtälern Verständnis und Liebe für unsere Nachbarvölker zu wecken und doch in kritischer Beurteilung ihres gegenwärtigen politischen Geschehens das zu betonen, was uns scheidet. Wie wohltätig und dankbar wäre das Bestreben, etwa in den Blättern der Ostschweiz die trefflichen Eigenschaften der Franzosen, die Eigentümlichkeit ihrer Parteien und ihrer Politik zu schildern, im Westen den gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwung der Deutschen ohne Übertreibung oder Mißgunst sachkundig zu beschreiben, oder die guten Seiten des Mussolinischen Regiments und die unstreitig erzielten Fortschritte hervorzuheben. Gleichzeitig sollte man aber versuchen, dem Grenznachbarvolk, zu dem uns natürliche Sympathien hinziehen, nicht jene kritiklose Bewunderung zu zollen, die auch eine Gefahr ist. Überhaupt ist es eine eigene Sache mit den «Sympathien». Stellen sie einzig gefühlsmäßiges Wohlgefallen, sozusagen den letzten Ausläufer eines Rassegefühls dar, so sind sie nur von Übel. Beruhen sie aber auf gründlicher Kenntnis der Menschen und Dinge, die ja fast immer vom Haß wegführt, so sind sie von Gutem.

Die übertriebene Begeisterung für einen unserer Nachbarn schadet unserer Einheit ebensosehr, als der blindwütige Haß gegen den andern Nachbar. Beide beruhen im Grunde auf Unkenntnis, denn wer urteilsfähig ist, haßt nicht blind, noch liebt er blind. Er sieht überall Gutes *und* Böses, Vorzüge und Nachteile gemischt und sein Urteil unterscheidet sich nur *relativ* von dem der Andersdenkenden: er sieht dort *mehr* Licht, wo jener mehr Schatten sieht, und umgekehrt. Diese *relativen* Divergenzen im Urteil über unsere Nachbarn können und wollen wir gar nicht aus der Welt schaffen. Sie sind recht und heilsam, sie gehören zu unserm geistigen Leben und fördern im friedlichen Wettstreit der Meinungen die objektive Erkenntnis.

Wir möchten vielmehr nur die rein gefühlsmäßigen, unmotivierten Sympathien und Antipathien ersetzt wissen durch begründete, verstandesmäßige Urteile, die als solche schon maßvoller und entsprechend nützlicher sind, als das Sichergehn in heftigen Empfindungen der Liebe oder des Hasses. Eine Presse, die solche heftigen Empfindungen, wie sie die breiten Massen oft hegen, noch nährt und hätschelt, oft aus geschäftlichen Rücksichten, verdient den Vorwurf der Demagogie; sie zieht das schon nicht hohe geistige Niveau ihrer Leser herab, statt sie durch erzieherische Einwirkung vorsichtig und klug in ihrer Einsicht zu fördern.

Ist nämlich unser Volk durch seine kleine Presse gegen das Ausland verhetzt und in seinem bezüglichen Empfinden *völlig* geteilt, so ist es auch den Regierenden nicht mehr möglich, eine einheitliche, maßvoll vorsichtige und doch entschiedene Auslandspolitik zu treiben, da sie keine öffentliche Meinung mehr hinter sich hat, auf die sie sich stützen kann. Ist das *Volk* völlig uneins über diese Dinge, so können die Verantwortlichen nur noch mit einer schwankenden Politik der Leisetreterei den Staatskarren vorwärtsschieben. Und eine solche ist gerade heute *nicht* am Platze, wo unsere Auslandspolitik täglich an Bedeutung gewinnt – oder gewinnen sollte! Man widerstehe also den Anfängen (principiis obsta!) und setze den Hebel zu einer Besserung unserer Volkspresse ein, wenn man nachher auf die Mitglieder der Bundesversammlung und auf die Zentralgewalt in entscheidenden Momenten zählen will. Der Erfolg der Initiative zu Gunsten der Volksabstimmung über internationale Verträge oder die Verwerfung des Zonenabkommens sind Anzeichen dafür, daß das Volk nicht geschlossen hinter dem Bundesrat in Sachen seiner Auslandspolitik steht und daß das Ausland unsere Entzweiung in so wichtigen Fragen sich gemerkt hat.

Natürlich kann man – bei uns noch weniger als anderswo – die gewünschte Stellung zu außenpolitischen Fragen der Presse und dem Volke nicht von oben her durch Agenturartikel, Vorträge oder Mitgeteilt suggerieren; das würde wahrscheinlich eine gegenteilige Wirkung erzielen. Aber wir können uns aus freien Stücken als um das Landeswohl auch nach außen besorgte Bürger pro Helvetiae dignitate et securitate zusammentun und beraten, wie wir es zu einer ruhigen, sachlichen, wohlwollenden und doch kritischen Beurteilung des außenpolitischen Geschehens bringen. Worunter sowohl die Außenpolitik des Bundesrats, und unsere Beziehungen zu den Nachbarländern, als auch unserer Auffassung ihrer inneren Politik zu verstehn wäre. In den Grenzen des Anstandes muß hier völlige Freiheit herrschen.

Man könnte es ja mit einer halbmonatlichen Auslandsrundschau, die eine Gruppe von Berufsjournalisten, ein Verein oder eine Zeitschrift (als Beilage) unserer mittleren und kleineren Presse anböte, schon einmal versuchen? Ein solches «Korrespondenzblatt» sollte auch den Auslandschweizern zugestellt werden, die in der Mehrheit keine schweizer Zeitung halten und von der Presse ihrer zweiten Heimat über Fragen der Auslandspolitik ganz unschweizerisch informiert werden. Ein Modus, unsern Volkskreisen im Innern, vor allem der Landbevölkerung, und unsern Auslandskolonien in gleicher Weise zu dienen, würde sich schon finden.

Noch wichtiger aber ist die Verstopfung des gerügten Übelstandes an der Quelle, d. h. die Bekämpfung der « Revolverjournalistik » in außenpolitischen Fragen oder besser, positiv, die Erziehung eines gebildeten, gerecht, machtvoll und weitblickenden Journalistenstabes auch für unsere Kleinpresse. Solange die politischen Gernegroße ihre Macht mißbrauchen, um zu hetzen und sich dadurch interessant zu machen, solange ihr Leserkreis sich diese einseitigen, schiefen Urteile gefallen läßt oder gar an diesen gepfefferten, geistreich sein sollenden Ausfällen gegen eines unserer (meist anderssprachigen!) Nachbarvölker Gefallen findet, solange wird es nicht besser!

Im Kriege sind die Mahnungen von oben her gegen diese Hetzpresse fast wirkungslos verhallt und festeres Eingreifen rief einem Indianergeheul von Protesten und einem Geschoßhagel von Schlagworten, als da sind Preßfreiheit, Demokratie, Maulkratten, Gewissensdrang, Feigheit u. a. m.

In friedlichern Zeiten sollte das Verständnis für die *Notwendigkeit der schweizerischen Einheit nach außen hin*, soweit es sich um Lebensfragen unseres Volkes handelt, doch lebendig sein und Schweizer, die in ausländischen Blättern gegen andersdenkende Schweizer hetzen, als das gebrandmarkt werden, was sie sind.

Es handelt sich hier um eine ernste Sache, um einen schweren Notstand, dem abzuhelfen bei gutem Willen und mit energischer Solidarität sehr wohl möglich wäre: Wo ein Wille, ist auch ein Weg!